

Umweltschützer haben Bedenken gegen Lagerung des Atomkraftwerk-Schrotts

KIEL Umweltminister Robert Habeck erntet mit seinem Plan, Bau-Abfälle von Atomkraftwerken auf möglichst viele normale Deponien zu verteilen, Widerspruch aus Reihen der Umweltschutz-Organisation BUND. „Es schmerzt, wenn unser Umweltminister behauptet, dass dieser Abfall nicht radioaktiv sei“, kritisiert Karsten Hinrichsen, Atom-Experte des BUND-Landesverbands.

Habeck und seine Fachleute bezeichnen das Material als nicht radioaktiv, weil die Strahlung unterhalb des gesetzlichen Grenzwerts von zehn Mikrosievert liegt. Das ändere nichts daran, dass es dennoch

schwach radioaktiv sei, entgegen Hinrichsen. Seine Position: „Die Herleitung des Grenzwerts von zehn Mikrosievert basiert auf heute völlig überholten Annahmen“. So deutet der in Brokdorf direkt an einem Kernkraftwerk lebende BUND-Experte mehrere epidemiologische Studien. „Selbst bei einer geringen Erhöhung der Strahlung nimmt die Gefahr zu erkranken, statistisch zu“, sagt Hinrichsen. Er beschuldigt Habeck, diesem gehe es nur um eine möglichst kostengünstige Entsorgung. „Es wäre die Aufgabe des Umweltministers, sich für eine verschärfte Regelung der Grenzwerte einzuset-

zen.“ Allenfalls ein Mikrosievert hält der Brokdorfer für akzeptabel.

Beim geplanten Rückbau der Meiler Brokdorf, Brunsbüttel, Krümmel und des Forschungsreaktors in Geesthacht fällt neben dem eigentlichen Nuklear-Müll Bauabfall an – etwa Isolierungen, Mineralwolle oder asbesthaltige Stoffe. Das Umweltministerium rechnet mit cirka 35000 Tonnen. Diese Rückstände möchte Habeck auf sieben Deponien in Schleswig-Holstein endlagern. Dazu strebt der Grüne einen Entsorgungspakt an – mit den sieben Gemeinden, den jeweiligen Kreisen, der Entsorgungswirtschaft

und ausdrücklich auch den großen Umweltverbänden.

Geht es nach Hinrichsen, verweigert der BUND die Unterzeichnung. Er ist dafür, die Abfälle in vorhandenen Gebäuden auf den Kraftwerk-Geländen einzulagern. Oder eine einzige, speziell mit mehreren Folien gesicherte Deponie für die Aufnahme aufzurüsten. Wenn die Stoffe auf mehrere Standorte verteilt werden, sorgt sich Hinrichsen auch davor, dass die Übersicht über die Rückstände verloren gehen könnte – „erst recht, wenn eine dieser Deponien in vielen Jahren mal wieder angefasst wird“.

Vom Naturschutzbund (Na-

bu) kann Habeck mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Unterschrift unter den Entsorgungspakt erwarten. Zwar sei auch dort die Diskussion noch nicht abgeschlossen, sagt Geschäftsführer Ingo Ludwigowski. „In der Tendenz sehe ich das aber nicht ganz so kritisch wie der BUND.“ Er weist darauf, dass etwa von gebrannten Ziegelsteinen auch eine radioaktive Strahlung ausgehe, ohne dass man sich dem entziehen könne.

Auch wenn sich über kleinste Restrisiken laut Ludwigowski diskutieren lasse – wichtiger ist ihm, dass Habeck den Umweltverbänden mit dem Entsor-

gungspakt ein Stück Einfluss auf die Kontrolle der AKW-Abfälle einräumen will. Geplant sind demnach Kontrollmechanismen bei der Lagerung, die über die rein gesetzlichen Auflagen hinausgehen. Unter anderem sollen Gutachter die Abläufe auf den Deponien überwachen. Zudem lobt Ludwigowski Habecks Absicht, die Rückstände „nicht quer durch die Republik zu karren, nur weil man im eigenen Bundesland Ärger scheut“. So habe es etwa Niedersachsen mit Abfällen aus Stade gehandhabt.

Der Umweltminister selbst hatte in unserer Zeitung für seine Pläne auch mit dem Argu-

ment geworben, die von den Abfällen ausgehende Strahlung sei so gering, dass sie in der natürlichen Radioaktivität untergehe. Seine Losung: „Dieser Abfall ist nicht belastet, außer emotional.“ Jeder Deutsche sei im Schnitt einer 200-fach höheren Strahlenbelastung ausgesetzt.

Die Deponien, die das Land für geeignet hält, sind Harrislee bei Flensburg, Gremersdorf (Ostholstein), Schönwohld (Rendsburg-Eckernförde), Großenaspe und Damsdorf/Tensfeld (Segeberg), Wiershop (Herzogtum Lauenburg) sowie Niemark (auf dem Gebiet von Lübeck). *ffu*